



Deutscher Verband für Wohnungswesen,
Städtebau und Raumordnung e.V.

Bürgerbeteiligung braucht klare Spielregeln

Für eine valide Stadt- und Quartiersentwicklung ist der Einbezug der Bürger unerlässlich. Beteiligungsverfahren müssen transparent und klar abgesteckt sein, meint der Deutsche Verband.

www.deutscher-verband.org



Christian Huttenloher, Generalsekretär,
Deutscher Verband für Wohnungswesen,
Städtebau und Raumordnung e. V.

In Wachstumsregionen stehen die angespannten Wohnungsmärkte und der knappe bezahlbare Wohnraum momentan ganz oben auf der Agenda. Dafür wird dringend mehr Wohnungsneubau benötigt. Städte entwickeln sich heutzutage allerdings vorwiegend im Bestand. Deshalb ist es entscheidend, die Bürger in Planungsvorhaben einzubeziehen, da diese ihr Lebensumfeld direkt beeinflussen. Es gilt, ihre Potenziale einzubinden, ihre Befürchtungen vor negativen Veränderungen aufzugreifen und einen breiten Konsens für Stadtentwicklungsvorhaben zu schaffen. Gleichzeitig brauchen die Ballungsräume mehr Bauland für den Wohnungsneubau. Weitere Flächenpotenziale müssen aktiviert und angesichts der eingeschränkten Bodenverfügbarkeit vermehrt Kooperationen mit privaten Eigentümern, Mietern und Bürgern angestoßen werden.

NICHT AM BÜRGER VORBEIPLANEN Stadtentwicklung vollzieht sich heute also vor allem im Quartier. Hier und weniger in der Gesamtstadt treffen die verschiedenen Akteure aufeinander, hier zeigt sich der jeweils spezifische städtebauliche und soziale Charakter, der zwischen verschiedenen Stadtteilen beträchtlich variieren kann. Dementsprechend müssen auch Beteiligungsprozesse im Quartier organisiert werden. Denn gerade in Zeiten von umstrittenen Großbauprojekten wie Stuttgart 21, der Hamburger Elbphilharmonie oder des Berliner Flughafens BER lassen sich die Menschen nicht mehr so leicht wie früher von prestigeträchtigen, kostspieligen Bauten überzeugen. Das liegt unter anderem daran, dass die Planungen nicht immer den Wünschen und Vorstellungen der Menschen entsprechen. Stadtplanung und Architektur dürfen nicht zum Selbstzweck werden, vielmehr gilt es, transparent zu arbeiten und zuzuhören. Nur so kann der Gestaltungsglaube wieder in die Gesellschaft getragen werden.

LEITPLANKEN FESTLEGEN Dabei sind Spielregeln und Leitplanken nötig, eine grenzenlose Mitbestimmung ist weder machbar noch sinnvoll. Vielmehr gilt es, klar zu kommunizieren, wo und in welchem Rahmen Beteiligung möglich ist. Denn der Bürger wirkt nur mit, er entscheidet nicht. Das übernehmen letztlich demokratisch legitimierte Gremien. Für tragfähige Verfahren ist es deshalb wichtig, frühzeitig in den Dialog zu treten.

Damit gerade größere Neubauvorhaben im Quartierszusammenhang trotz sich ändernder Anforderungen nachhaltig funktionieren, braucht man robuste städtebauliche Konzepte als verlässliche Basis. Im Hinblick auf die jeweilige Nutzung verschiedener Teilbereiche oder die konkrete Struktur und Architektur einzelner Gebäude müssen die Quartiere allerdings wandlungsfähig bleiben, um auf sich ändernde Anforderungen reagieren zu können. Denn: Stadtviertel sind niemals „fertig“. Bei Beteiligungsverfahren kann aber gerade diese offene und flexible Planung zu Konflikten führen. Zum einen ist es schwierig, sich zu positionieren, wenn noch kein fertiges „Endprodukt“ visualisiert werden kann. Zum anderen sind die Bürger, die sich während der Planungsphase beteiligen, meist nicht diejenigen, die die neuen Wohnungen oder Büros später nutzen werden.

Umso wichtiger ist es, die Beteiligung der Bürger bei allen großen Vorhaben als ein Qualitätsmerkmal für möglichst valide, flexible und dauerhafte Ergebnisse der Stadtentwicklung anzuerkennen. Zu diesem Schluss kamen auch die verschiedenen Referenten und Diskutanten der Jahrestagung des Deutschen Verbandes Anfang Oktober 2014 in Köln, wo über Anspruch und Wirklichkeit von integrierter Quartiersentwicklung und Bürgerbeteiligung diskutiert wurde. «